

## CDU: Hohe Verschuldung des Landes ist alarmierend Koalition wirft Opposition Schwarzmalerei vor

*Harte Kritik an der Finanzpolitik der Landesregierung übte der CDU-Abgeordnete Dr. Theodor Schwefel zu Beginn der ersten Lesung des 48,8-Milliarden-Etats für 1979 am 19. Oktober. Der finanzpolitische Sprecher der Opposition richtete seinen Hauptangriff gegen die Verschuldung des Landes, die sich in der vorgesehenen Ermächtigung offenbare, den Kreditmarkt bis zu einem Höchstbetrag von 7,7 Milliarden DM in Anspruch nehmen zu können. „Die Verschuldungsentwicklung gerät immer mehr zu einem einzigen Skandal“, betonte Schwefel. Mittelfristig, bis 1982, steige die Verschuldung in Nordrhein-Westfalen auf rund 50 Milliarden DM. Das mache pro Kopf der Bevölkerung in NRW eine Belastung von rund 3000 DM aus. Der SPD-Abgeord-*

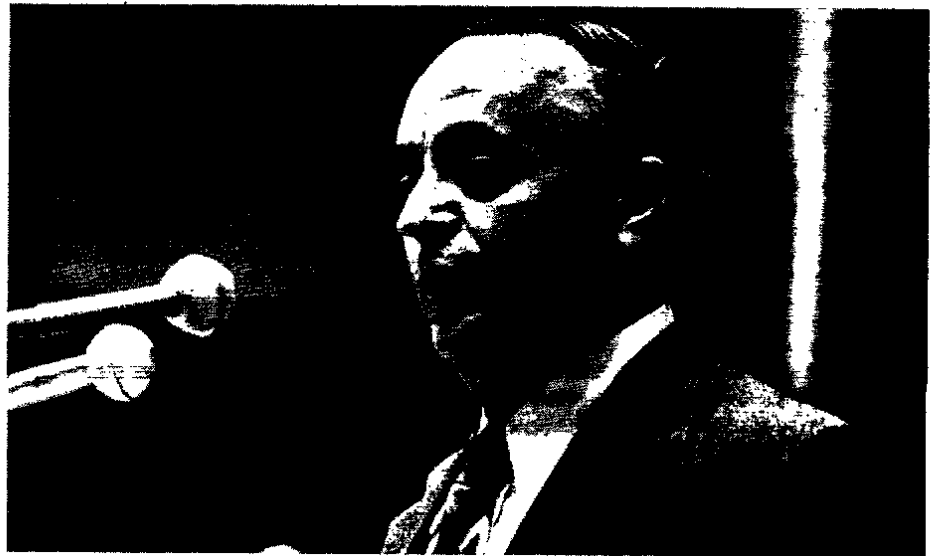
*nete Karl Josef Denzer erklärte dagegen, mit dem Etatentwurf 1979 zeige die Landesregierung, daß sie bereit sei, „der wirtschaftlich angespannten Situation mit den erforderlichen Maßnahmen zu begegnen, und daß sie solide Haushaltspolitik und aktive Konjunkturpolitik auf einen sinnvollen Nenner gebracht hat“. Wolfram Dorn (F.D.P.) wies die Kritik der Opposition mit dem Hinweis auf die Erfolge der Wirtschaftspolitik zurück, die von der Landesregierung erzielt worden seien. Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Programme der Regierungskoalition hätten „entscheidende Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben“. – Hier Auszüge:*

Dr. Theodor Schwefel (CDU) warf der Landesregierung vor, sie gebe „Verwalten als Politik“ aus, wie der Etat '79 zeige. Neue Ideen, Antworten auf Fragen der Gegenwart und Zukunft sowie Weichenstellungen, die eine neue Richtung anzeigten, seien nicht zu erkennen. Die Probleme des Landes würden nicht gelöst; sie würden eher verschärft, wie die anwachsende Netto-Neuverschuldung des Landes um 7,7 Milliarden DM beweise. Vergebens suche man nach einem brauchbaren Hinweis, „wie die seit Jahren überfällige Konsolidierung der Landesfinanzen, die von dem ehemaligen Finanzminister Halstenberg schon 1975 und in den folgenden Jahren für 1980 angekündigt worden war, bewirkt werden soll“. Schwefel vermißte, wie er betonte, „Antworten auf die Frage, wie dem bedrängten Ruhrgebiet, das an Bevölkerungsverlusten, erhöhter Arbeitslosigkeit, industrieller Monostruktur, finanzieller Auszehrung bestimmter Großstädte und an Umweltproblemen leidet, geholfen werden kann“.

Auch müsse die Frage beantwortet werden, wie das Land bei weiter nachlassenden Schülerzahlen in den achtziger Jahren das Beschäftigungsproblem bei den Lehrern lösen wolle, wenn heute bereits in einigen Schulformen Beschäftigungsquoten erreicht würden, die in einigen Jahren zu einer optimalen Lehrer/Schüler-Relation führten.

Wenn der Finanzminister bei der Einbringung des Etats „die Konjunkturstützen der Finanzpolitik des Landes auf der Einnahmenseite begründet sieht“, so mache er sich damit die von der CDU seit Jahren vertretene Auffassung zu eigen, der Staatsverbrauch müsse durch Steuerentlastung zugunsten der Privatwirtschaft eingedämmt werden. Jedoch müsse sich der Finanzminister fragen, warum er einerseits die allgemeine Konjunktur und Wirtschaftssituation auch für 1979 als gut bewerte, während er andererseits „durch eine Verschuldungspolitik sondergleichen der Konjunkturstützung das Wort redet“.

Bei der Prüfung des Haushaltsentwurfs erscheine die These des Finanzministers, der Etat sei antizyklisch angelegt, unhaltbar. Offenbar gehe es dem Minister, so der CDU-Abgeordnete, „nur um ein Alibi für die außergewöhnlich hohe Neuverschuldung des Landes, die einen traurigen Nachkriegsrekord darstellt“. Wenn der Landesetat für das kommende Jahr weder auf der Ausgabenseite noch auf der Einnahmenseite konjunkturstützende Akzente setze, also keineswegs antizyklisch sei, so sei „die nächstjährige Superverschuldung, die in einem Jahr



Dr. Theodor Schwefel (CDU): „Die außergewöhnlich hohe Neuverschuldung des Landes stellt einen traurigen Nachkriegsrekord auf.“  
Foto: Tüsselmann

jeden Bürger unseres Landes mit 452 DM belastet, um so mehr alarmierend, weil der Schuldzuwachs eindeutig rein konsumtiven Ausgaben dient“. Im weiteren Verlauf bemängelte Schwefel den sinkenden Anteil der Investitionen, von denen eigentlich ein steigender Konjunkturbeitrag ausgehen sollte. Während ihrer bisher dreizehnjährigen Tätigkeit sei es der sozial-liberalen Regierung nicht gelungen, die Monostruktur in diesem Industriegebiet aufzubrechen. Überhöhte Arbeitslosigkeit sei die Folge. Auch beklagte Schwefel die ungünstige Lage der Grundstoffindustrie, und als „Skandal“ wertete er, daß Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) das Ruhrgebiet, den größten industriellen Ballungsraum Europas, schon mit dem Zonenrandgebiet verglichen habe.

Ausdrücklich erklärte der CDU-Sprecher im Namen seiner Fraktion die Bereitschaft, „an Bemühungen mitzuwirken, die vorgesehene Neuverschuldung des Jahres 1979 um 1,3 Milliarden DM zurückzuführen, um die Netto-Neuverschuldung des Jahres 1978 nicht zu überschreiten. Die CDU müsse allerdings darauf bestehen, daß die Landesregierung konkrete Einsparungspläne vorlege; die Opposition werde nicht wie in früheren Jahren „erneut in großer Zahl Sparanträge stellen, um dann der Abstimmungsmaschinerie der Koalitionsfraktionen zu erliegen“. Schwefel kündigte an, die CDU werde bei den Haushaltsberatungen „kaum Anträge stellen, die zu einer Erhöhung des Haushaltsvo-

lumen ohne entsprechende Deckung führen“. Sie erwarte dies auch von den Koalitionsfraktionen.

Kritisch setzte sich der Oppositionsabgeordnete mit dem Personaletat für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von knapp 18 Milliarden DM auseinander. Während die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens in der Zeit von 1976 bis 1979 von 17,686 Millionen auf 17,253 Millionen Einwohner abgesunken sein werde, würde die Zahl der Beschäftigten des Landes, Beamte, Angestellte und Arbeiter, in derselben Zeit von 311066 auf 341586 steigen. Das heiße, bei einer Abnahme von 370000 Einwohnern steige die Zahl der Staatsdiener über 30000. Überdies enthalte das Haushaltsgesetz die Möglichkeit, die Zahl der Landesbediensteten weiter zu erhöhen. Würde man diese Entwicklung bis 1990 fortschreiben, so stünde einem voraussichtlichen Bevölkerungsrückgang von 1,1 Millionen Einwohnern ein Mehr an Landesbediensteten von 100000 gegenüber. „Diese Entwicklung kann kaum so weitergehen, denn jede neue Planstelle belastet den Haushalt rund 40 Jahre, es sei denn, man würde beabsichtigen, in Zukunft frei werdende Planstellen nicht wieder zu besetzen.“ Dies sei aber auf absehbare Zeit nur auf Kosten der Arbeitssuchenden der kommenden Jahrgänge möglich. Selbstverständlich könne die Personalpolitik des Landes nicht ohne Bezug zum allgemeinen Arbeitsmarkt gestaltet werden. Es sei aber wichtig, „daran festzuhalten, daß sich der öffentliche Dienst

schwerlich eignet, ohne entsprechende Bedarfsorientiertheit Arbeitskräfte einzustellen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten". In diesem Zusammenhang bemängelte Schwefer auch, daß die Landesregierung gegenwärtig jeden Lehramtsanwärter einstelle. Damit würden vom Anfang der achtziger Jahre an ganzen Jahrgängen und damit auch den Qualifizier-testen der nachrückenden Junglehrer der Zugang zum Schuldienst verbaut.

Nach einer umfassenden kritischen Analyse vieler bedeutender Etatpositionen der einzelnen Ministerien sagte Schwefer, die Zukunft des Landes könne von der CDU nicht positiv gesehen werden, „solange die Landesregierung in ihrer Statik verharrt, konzeptionslos bleibt, und Verwaltung als Politik ausübt“.

**Karl Josef Denzer (SPD)** setzte sich kritisch mit den Vorwürfen der CDU auseinander. Die Opposition verfolge ständig das Ziel „den Schönheitsfehler des Machtverlustes in Bonn und Düsseldorf zu korrigieren“. Anstatt aber Alternativen zur Regierungspolitik aufzuzeigen, habe der CDU-Abgeordnete Schwefer „an dieser Stelle wiederholt den Machtwechsel herbeizureden versucht“. Allerdings habe sich die CDU „in ihren Prognosen und schwarzmalerschen Beschwörungen immer wieder von der Entwicklung korrigieren lassen müssen“. Sie scheine diese Tatsache jedoch nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Landeshaushalt 1979 erklärte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, bei der Aufstellung des Etats sei eine dreifache Aufgabe zu lösen gewesen: Die Wirtschaftsentwicklung solle durch eine wohl dosierte Ausgabensteigerung und Steuersenkungen abgestützt werden; ferner solle der Arbeitsmarkt durch eine bedarfsorientierte Personalstellenausweitung entlastet werden; dennoch sei das mittelfristig anzustrebende Konsolidierungsziel im Auge zu behalten. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, daß der vom Finanzminister eingebrachte Etatentwurf dieser dreifachen Zielsetzung entspreche.

Zur Verschuldung des Landes erläuterte der Abgeordnete, daß die Frage, ob die Verschuldungshöhe des Landes richtig sei, auch danach beurteilt werden müsse, wie die Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich zu den anderen Bundesländern aussehe. Dabei gebe die Höhe der Kreditmarktverschuldung allein keine sachgemäße Information über den Grad der Verschuldung eines Landes. Vielmehr müßten die Schuldendiensthilfen einbezogen werden, da einige Länder anstelle einer vollen Darlehensgewährung die Zahlung von Schuldendiensthilfen bevorzugten. Danach liege Nordrhein-Westfalen mit 843 DM je Einwohner an zweitniedrigster Stelle vor Bayern mit 748 DM. „Sie können es also drehen und wenden, wie Sie wollen, meine verehrten Damen und Herren von der Opposition: Die Verschuldung des Landes im Jahre 1979 ist erstens gesamtwirtschaftlich notwendig, zweitens finanzpolitisch richtig, drittens im Vergleich zu den anderen Flächenländern völlig unproblematisch“, unterstrich Denzer.

Zum jetzigen Zeitpunkt dürfe bei sachlicher Auseinandersetzung nicht gesagt werden, „daß die Netto-Kreditaufnahme von 7,7 Milliarden DM unvermeidbar“ sei. Mit Schwarzfärberei sei es hier nicht getan. „Eine Opposition, die unseren Staat verantwortlich mitgestalten will,



*Karl Josef Denzer (SPD): „Der Etat zeigt, daß die Landesregierung bereit ist, der wirtschaftlich angespannten Situation mit den erforderlichen Maßnahmen zu begegnen.“*

darf es sich einfach nicht leisten, ein solch ernstes Thema zur Stimmungsmache in der Bevölkerung zu benutzen.“ Ausführlich beschäftigte sich der SPD-Abgeordnete mit dem großen Block der Investitionsausgaben, der im Etat mit rund 11 Milliarden DM enthalten ist. Gegenüber dem Vorjahr sei eine Steigerung von rund 433 Millionen DM zu verzeichnen. In diesem Betrag sei die Förderung des Wohnungsbaues mit 2,67 Milliarden DM enthalten, ferner der Straßen- und Brückenbau mit 1,54 Milliarden DM und die Förderung des Krankenhausbaus mit 539 Millionen DM. 12,3 Milliarden DM erhielten die Gemeinden.

Überdies verwies Denzer auf die Ankündigung von Ministerpräsident Rau, das Land werde durch eine bedarfsgerechte Personaleinstellung zur unmittelbaren Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Die Stellenzugänge vollzögen sich fast ausschließlich in den Bereichen, die als Dienstleistungen den Bürgern unmittelbar zugute kämen. Besondere Beachtung verdienten auch die finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

**Wolfram Dorn (F.D.P.)** verteidigte Wirtschaftsminister Dr. Riemer gegen den CDU-Vorwurf, ein „Wirtschaftsverhinderungsminister“ zu sein. In den letzten Jahren seien entscheidende Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gerade von der Landesregierung gekommen. Die regionale Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen habe die derzeitige Tendenzwende entscheidend beeinflusst. Allein in den letzten drei Jahren habe die NRW-Regierung mehr als 5,6 Milliarden DM für die Wirtschaftsförderung ausgegeben.

Im finanzpolitischen Teil seiner Rede setzte sich der F.D.P.-Abgeordnete auch mit dem Bonner Steuerpaket auseinander, das von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei. Die zusätzlichen Steuerkürzungsvorschläge der CDU/CSU bewerte Dorn dagegen als „geradezu grotesk“, denn „Erhöhung der Kinderfreibeträge, Erziehungsgeld, weniger Steuern und weniger Schulden ist etwas, was es in der Praxis überhaupt nicht geben kann“. Allerdings sei im Steuerbereich noch einiges zu leisten, räumte er ein und wünschte dabei der Landesregierung „etwas mehr Mut“. Beispielsweise bei



*Wolfram Dorn (F.D.P.): „Die wirtschaftspolitischen Programme der Landesregierung haben entscheidende Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben.“*

der Abschaffung der Mineralölsteuer. Auch müsse Nordrhein-Westfalen die Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorantreiben. Eingehend beschäftigte sich Dorn mit der Verschuldung des Landes. Wenn NRW im Ländervergleich auch einen sehr niedrigen Schuldenstand habe, so sei „die Grenze der Belastbarkeit zukünftiger Haushaltsentwicklungen nach unserer Meinung fast erreicht“. Die Zinsbelastung spiele eine große Rolle für die weitere Kreditpolitik. „Auch die Frage der Rückzahlungsquoten kann dazu führen, daß manche politisch wichtigen Vorhaben von der Landesregierung und vom Parlament nicht realisiert werden können, weil die Zinsbelastung insgesamt zu hoch geworden ist.“ Ausdrücklich bemängelte der F.D.P.-Abgeordnete, daß kaum Vorstellungen der mittelfristigen Finanzplanung eingehalten worden seien. Die Haushaltsreste in Höhe von 2,28 Milliarden DM nannte Dorn „sehr problematisch“. Sie bedeuteten in letzter Konsequenz eine Verschiebung des politischen Willens. Im Finanzausgleichsgesetz 1977 gebe es Haushaltsreste von 1,75 Milliarden DM, im Konjunkturprogramm des Vorjahres von 303 Millionen DM. Vielfach könnten Gemeinden zu spät beantragte Projekte nicht verwirklichen, weil es der Bürokratie an Flexibilität fehle.

Bei der Personalpolitik des Landes begrüßte Dorn die seit Anfang 1977 vorgenommenen 21000 Neueinstellungen, warnte aber vor Ausuferungen. Dazu wörtlich: „Wir müssen die Grenzen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Planstellenbewegungen überprüfen. Die Personalkosten sind entsprechend der Entwicklung in 1978 auch für das Jahr 1979 nach meiner Auffassung in eine Phase getreten, die uns zu großen Sorgen Anlaß gibt. Ich habe bereits in den vergangenen zwei Jahren in meinen Haushaltsreden darauf hingewiesen, daß es nicht möglich sein wird, alle Lehramtsanwärter in den Schuldiensten zu übernehmen.“ Selbst bei einer erheblichen Verbesserung der Schüler/Lehrer-Relation müsse das Parlament davon ausgehen, daß nach Schätzungen des Kultusministeriums schon 1980 über 15300 Lehrer nicht mehr gebraucht würden. Das Land sei nicht in der Lage, das Arbeitslosenproblem zu lösen.